



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/153 - 5.7.51

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Famspreeher 76 54-59

Fernschreiber 039 890

Kriegsgefangene in Jugoslawien	S. 1
Opposition nicht isoliert	S. 3
Waffenstillstand im Bergbau	S. 5

Wie lange noch ?

Unsere Kriegsgefangenen in Jugoslawien

Von Peter Blackstein, M.d.B.

(Der Verfasser ist in diesen Tagen von einem schwächtigen Besuch in Jugoslawien zurückgekehrt. D.Red.)

Über dem Verhältnis der Bundesrepublik zu Jugoslawien liegt ein schwerer Schatten. Wir wollen dabei nicht in der Vergangenheit wühlen, wir hätten auch dabei nichts zu gewinnen. Den zahllosen Verbrechen der Gestapo in diesem Lande stehen die Unmenschlichkeiten bei der Vertreibung der Deutschen und an den Gefangenen gegenüber. Um eines neuen Anfangs willen, den wir alle brauchen, sei dieses schreckliche Kapitel abgeschlossen. Über Reste aber aus jener Zeit können wir nicht schweigen, denn es handelt sich noch immer um etwa 450 Deutsche, die in Jugoslawien im Zuchthaus sitzen und als Kriegsverbrecher meist zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt sind.

Wir hatten in Belgrad Gelegenheit, mit dem stellvertretenden Außenminister Mates über das Schicksal dieser Deutschen zu sprechen. Die meisten von ihnen wurden im Jahre 1949 aufgrund von Geständnissen, die durch Folter erzwungen worden waren, als Kriegsverbrecher verurteilt. Der offizielle Standpunkt der jugoslawischen Regierung geht von der Rechtmäßigkeit der Verurteilung aus. Die Regierung sei bereit, den veränderten

Zeitemständen entsprechend, die Freilassung der Verurteilten zu überprüfen und das Problem in humanitärem Geist, durch eine Heimsendung in absehbarer Zeit, zu lösen. Wir haben gefordert, daß die Urteile mit den Beweisen veröffentlicht werden, wobei Geständnisse allein keine Grundlage für weitere Inhaftierung sein können. In allen Fällen, wo keine oder keine ausreichenden Gründe für die Verurteilung gegeben sind, sollten die Verurteilten sechs Jahre nach Kriegsende unverzüglich entlassen und heimgeschickt werden. Das ist eine Forderung des Rechts und der Menschlichkeit, die Jugoslawien, um seines eigenen Ansehens willen, erfüllen sollte.

Wir erhielten die Genehmigung, das Zuchthaus Mitrovica zu besuchen, wo etwa 330 von den noch 450 zurückgehaltenen deutschen Offizieren untergebracht sind. Mit drei der Verurteilten konnten wir sprechen und erhielten von ihnen die Angaben bestätigt, die bereits von Heimgekehrten vor einigen Monaten gemacht wurden. Die Verhältnisse im Zuchthaus sind ordentlich. Die Ernährung reicht mit den Paketen aus der Heimat, die sicher ankommen, aus. Die Post kommt und geht, wenn auch langsam. Alle drängen sich zur Arbeit, aus Furcht vor der Langeweile und um mehr Lebensmittel zu bekommen. Aber die Menschen sind zermürbt, ihre seelische und körperliche Widerstandskraft nimmt nach den langen Jahren der Gefangenschaft ab und die Ungewißheit über die weitere Dauer ihrer Haft, treibt manchen zur Verzweiflung. Werden die schuldlos Verurteilten nicht bald freigelassen, wird noch mancher zugrunde gehen.

Hier liegt vor der Bundesregierung eine vordringliche außenpolitische Aufgabe. Es darf keine Rücksichten geben, aus denen die Bemühung um die Befreiung dieser Menschen zurückgestellt wird. Es war unser Eindruck von der Unterhaltung mit dem stellvertretenden Außenminister, daß bei zähen Anstrengungen von deutscher Seite eine Freigabe in absehbarer Zeit möglich ist. Der deutsche Gesandte in Belgrad muß von der Bundesregierung und vom Bundestag jede Unterstützung zur Lösung dieser Frage erhalten. Die sozialdemokratische Fraktion des Bundestages muß wie bisher, bis zur Befreiung des letzten Kriegsgefangenen, das mahnende Gewissen der Nation sein. Wir wollen keine Kampagne gegen Jugoslawien oder irgend ein anderes Land, weil sie noch Kriegsgefangene oder "Kriegsverbrecher"

zurückhalten, schon darum nicht, weil wir nicht glauben, daß dadurch auch nur ein Einziger in die Heimat zurückkommt. Wir fordern Recht und Gerechtigkeit und sechs Jahre nach Kriegsende sollten die anderen uns in dieser Forderung verstehen. Es ist an ihnen, zu handeln. Kriegsverbrecher müssen für ihre Taten einstehen, wenn sie einwandfrei nach internationalem Recht verurteilt sind. Alle anderen haben ihr Recht auf die Heimkehr nach sechs Jahren Gefangenschaft bitter genug verdient.

+ + +

V e r g e b l i c h e r D r u c k

F.R. Wie nicht anders zu erwarten, hat seit der Rückkehr McCloy aus den USA eine neue, heftige Kampagne für eine beschleunigte deutsche Wiederaufrüstung eingesetzt. Mit allen Mitteln eines psychologischen Druckes wird versucht, eine absolute deutsche Bereitschaft zu mobilisieren. Gleichzeitig wird die Propaganda für den Schuman-Plan immer bedenkenloser.

Dr. Adenauer hat vor der CDU in Bonn erklärt, Kurt Schumacher und seine Partei seien auch auf der internationalen Sozialisten-Konferenz in der Beurteilung des Schuman-Planes und des Verteidigungsproblemens isoliert geblieben. Andererseits wird, was nicht sehr logisch erscheint, behauptet, die sozialdemokratische Haltung in diesen beiden Fragen beginne nachgiebiger zu werden - ein durchsichtiger und vergeblicher Versuch, sie aufzuweichen.

Wie verhält es sich in Wahrheit? Die Vollversammlung hat sich in Frankfurt mit dem Schuman-Plan nicht befaßt. In den Beratungen des Comco-Ausschusses für den Schuman-Plan sind keine endgültigen Beschlüsse gefaßt worden, die enge Fühlungnahme zwischen den sozialistischen Parteien wird fortgesetzt werden. Schon jetzt aber ist Einmütigkeit erreicht worden in der Frage der Mitbestimmung in den maßgebenden Instanzen der Schuman-Plan-Verwaltung. Die einzelnen Parteien werden weiterhin bei ihren Regierungen nachdrücklich dafür eintreten, daß durch den Schuman-Plan die Nationalisierung beziehungsweise Sozialisierung von Grundstoff-Industrien nicht erschwert oder gar verhindert wird. Man war sich weiter darüber einig, daß in den Schuman-Plan stärker, demokratische Kontrollen eingebaut werden

müssen. Es ist also unaufrichtig, wenn man den Eindruck erwecken will, als seien die übrigen sozialistischen Parteien im Gegensatz zur SPD für die Annahme des Schuman-Planes eingetreten. Das einfache, verbehaltlose Ja oder Nein stand gar nicht zur Diskussion, ebenso wenig wie seinerzeit auf der Sozialisten-Konferenz in Brüssel.

Ebenso wenig trifft die Behauptung von der Isolierung der SPD in der Frage der Verteidigung zu. Sehr klar heißt es in der gemeinsamen und nur unter Stimmenthaltung der Japaner angenommenen Resolution u. a.: "Die Sozialistische Internationale ist überzeugt, daß, wie auf allen Gebieten der Politik, auch in der Verteidigung, die Gleichheit der Opfer in jedem Volk als auch zwischen den Völkern gewährleistet werden muß. Aber von Ländern, die keine Gleichberechtigung genießen, darf man nicht erwarten, daß sie in vollem Umfange zu der gemeinsamen Verteidigung beitragen". In einer besonderen Erklärung der SPD wurde zusätzlich festgestellt, daß die Partei unter Gleichberechtigung und Gleichheit der Opfer auch verstehe, daß das deutsche Land und die deutsche Bevölkerung mit derselben Bereitschaft notfalls auch zu militärischem Einsatz, von der Gemeinschaft der freien Demokratien verteidigt würden, wie alle anderen Länder. ... Niemand wird sagen können, daß diese Feststellung irgendwie im Widerspruch zu der allgemeinen Resolution steht. Sie ist nichts anderes als ihre Erläuterung spezieller deutscher Standpunkte.

Die Auffassungen der SPD in dieser Frage sind also in Frankfurt gebilligt worden. Die SPD sieht außerdem zu einer Korrektur ihrer Haltung umso weniger Anlaß, als nach amerikanischen Erklärungen die endgültige Entscheidung über den deutschen Verteidigungsbeitrag einstweilen ohnehin vertagt ist und zum anderen die Feststellung von Verteidigungsminister Marshall, die USA beabsichtigten nicht mehr als sechs Divisionen nach Europa zu bringen, gewiß nicht als ausreichende Voraussetzung im sozialdemokratischen Sinne aufgefaßt werden kann. Bemühungen, mit psychologischem Druck und sentimentalen Appellen die wohlherwogenen, mit sachlichen Argumenten untermauerte sozialdemokratische Auffassung in der Frage des Schuman-Planes und des deutschen Verteidigungsbeitrages zu erschüttern, werden keinen Erfolg haben.

Wie es zu den Lohnforderungen im Bergbau kam

(sp) Mit einer Mehrheit von nur 49 Stimmen (275 : 226) hat die außerordentliche Hauptversammlung der Industrie-Gewerkschaft Bergbau in Essen am 3. Juli in geheimer Abstimmung der Annahme eines Kompromisses in der Lohnfrage zugestimmt. Danach wird gemäß dem Vorschlag des Hauptvorstandes eine zwölfprozentige Lohnerhöhung ab 1. Mai akzeptiert, wobei die bereits fälligen Mehrlöhne in zwei Raten in den Monaten Juli und Oktober ausgezahlt werden sollen. Die ursprüngliche Forderung lautete auf 14 Prozent.

Die außerordentlich knappe Mehrheit läßt befürchten, daß die Lage im Steinkohlenbergbau damit nicht stabilisiert ist. Es ist zweifelhaft, ob eine Mehrheit erreicht worden wäre, wenn nur die Delegierten des Steinkohlenbergbaus, nicht aber auch die der Nebenzweige des Bergbaus, beteiligt gewesen wären.

Seit dem 1. Januar 1950 hat die IG.-Bergbau 38 Prozent Lohnerhöhung im ganzen gefordert, wovon sie einschließlich dieser letzten Forderung 31 Prozent durchsetzen konnte. Die Essener Resolution weist aber darauf hin, daß die Gewerkschaft weitere Nominallohnerhöhungen fordern muß, wenn es der Bundesregierung nicht gelingt, eine ins Gewicht fallende Preissenkung für wichtige Nahrungsmittel und Konsumgüter herbeizuführen.

Die Lohnforderungen des vergangenen Jahres mußten bewilligt werden, weil im letzten Sommer eine starke Fluktuation unter den Bergarbeitern einsetzte, eine Erscheinung, die sich nun auch wieder in den letzten Wochen zeigte und von der in erster Linie die in der Kohलगewinnung arbeitenden Gedingsarbeiter erfaßt werden. Sie ist und war bedingt einmal durch die Tatsache, daß Lohnbewilligungen in anderen Industriezweigen die Bergarbeiter ihre Spitzenstellung auf der Lohnskala einbüßen ließen und andererseits dadurch, daß infolge Wohnungsmangel rund 60000 der 450000 Steinkohlen-Bergarbeiter gezwungen sind, getrennt von ihren Familien in Gemeinschaftslagern zu leben. Wie unzureichend demgegenüber die bisherige Wohnbautätigkeit ist, belegen folgende Zahlen: Von Kriegsende bis zum 31. Dezember 1950 wurden 13.104 Bergmanns-Wohnungen neu gebaut. Am gleichen

Stichtage befanden sich weitere 4.818 im Bau. An Neubauten wurden im Dezember 1950 1.545 fertiggestellt, ein unverhältnismäßig günstiges Ergebnis, das sich aus dem Umstand des bevorstehenden Jahres-Abschlusses erklärt. Bei einem derartigen Bautempo müßten die in Lager lebenden Bergleute etwa drei Jahre auf eine Neubauwohnung warten. Auf die Zahl der Neubauten kommt es aber an, denn der Bergbau braucht heute etwa 490000 Arbeiter gegenüber 370000 im Jahre 1938.

Das Monatseinkommen eines Untertagearbeiters lag in den Wintermonaten bei etwa 375 DM, bei den Vörläuern bei 440 DM. In diesen Summen waren aber auch Mehrarbeits-Zuschläge und Anwesenheits-Prämien enthalten, die seit dem 1. April wieder fortgefallen sind. Allein die Anwesenheits-Prämie machte drei Prozent der Lohnsumme aus. Einkommen der verbleibenden Höhe werden aber qualifizierten Facharbeitern anderer Industrien in gleichem Maße gezahlt, vor allem in der eisenschaffenden Industrie des Ruhrgebietes.

Der Bergarbeiter jedoch muß bei Bewertung seiner Arbeitskraft berücksichtigt wissen, daß er bereits im Alter zwischen 40 und 45 Jahren berguntauglich wird. Das Ruhrgebiet bietet infolge seiner bisher einseitig schwerindustriellen Wirtschaftsstruktur diesen Arbeitskräften später nur begrenzte Möglichkeiten eines regulären Verdienstes. Der Bergmann bekommt dann zwar eine Teilrente aus der Knappschaftsversicherung. Aber gerade in dieser Hinsicht hat die zögernde Behandlung der Frage der Aufbesserung der Sozialrenten durch den Bundestag starke Erbitterung ausgelöst, die die Spannung unter den Bergleuten noch verschärfte.

+ + +